



Antrag IFB Förderkredit **Sport Fördermodul Corona**

Bestätigung der Förderwürdigkeit der Behörde für Inneres und Sport - Landessportamt -

Nur vom Landessportamt auszufüllen.

1. Antragsteller																	
1.1	<p>Antragsberechtigt sind a) gemeinnützige Sportvereine und –verbände, die bis spätestens zum 31.12.2019 in das Hamburger Vereinsregister eingetragen wurden und deren Satzungszweck die allgemeine Sportausübung ist; b) als Wirtschaftsbetrieb ausgegliederte Lizenzspielerabteilungen (Profisport) mit Sitz in Hamburg, die vor dem 31.12.2019 tätig waren; c) Organisatoren von Sportveranstaltungen in Hamburg und soweit sie nicht schon nach dem Hamburg-Kredit Liquidität gefördert werden d) im Bereich Sport tätige KMU (gemäß Anhang 1 der AGVO) und Großunternehmen, die ihren Sitz in Hamburg haben.</p> <p><u>Bestätigung des Antragstellers</u> Mein Unternehmen war am 31.12.2019 kein Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Art. 2 Nr. 18 AGVO (Abl. L 187/1 vom 26.06.2014, Abl. L 215/3 vom 07.07.2020), hatte aber danach in Folge des Ausbruchs von COVID-19 Schwierigkeiten oder ist in Schwierigkeiten geraten. <u>Besondere Regelung für kleine und Kleinstunternehmen im Sinne des Anhangs I der AGVO</u> Sollte sich mein Unternehmen bereits im Dezember 2019 in Schwierigkeiten befunden haben, bestätige ich, dass das Unternehmen nicht Gegenstand eines Insolvenzverfahrens nach nationalem Recht ist und weder Rettungsbeihilfen noch Umstrukturierungsbeihilfen in Anspruch genommen wurden.</p>																
1.2	<p>Firma:</p> <table border="1"><tr><td>Name: (ggf. Ansprechpartner / Bevollmächtigten im Vollmachtsformular benennen)</td><td>Vorname:</td></tr><tr><td colspan="2">Rechtsform:</td></tr><tr><td colspan="2">Vereinsregisternummer:</td></tr><tr><td colspan="2">Handelsregisternummer:</td></tr><tr><td>Straße:</td><td>Hausnummer:</td></tr><tr><td>PLZ:</td><td>Ort:</td></tr><tr><td>Telefon:</td><td>Telefax:</td></tr><tr><td colspan="2">E-Mail-Adresse:</td></tr></table>	Name: (ggf. Ansprechpartner / Bevollmächtigten im Vollmachtsformular benennen)	Vorname:	Rechtsform:		Vereinsregisternummer:		Handelsregisternummer:		Straße:	Hausnummer:	PLZ:	Ort:	Telefon:	Telefax:	E-Mail-Adresse:	
Name: (ggf. Ansprechpartner / Bevollmächtigten im Vollmachtsformular benennen)	Vorname:																
Rechtsform:																	
Vereinsregisternummer:																	
Handelsregisternummer:																	
Straße:	Hausnummer:																
PLZ:	Ort:																
Telefon:	Telefax:																
E-Mail-Adresse:																	
2. Bankverbindung Firmenkonto																	
IBAN:	BIC:																
Kreditinstitut																	

3.	Branche	
4.	Bilanzsumme und Jahresumssatz	
	Bilanzsumme:	Jahresumsatz:
5.	Anzahl der Beschäftigten (Teilzeitkräfte bitte in Vollzeitkräfte umrechnen)	
6.	Höhe des Liquiditätssengpasses (gem. Ziffer 4.1 der Richtlinie, <u>Nachweise sind beizufügen</u>)	
	Summe:	
7.	Erklärung des Antragstellers	
	<p>Ich versichere, jetzt und zukünftig nur in eigenem Namen und für eigene Rechnung und nicht für Rechnung eines Dritten - insbesondere durch Treuhandauftrag oder eine ähnliche Vereinbarung - zu handeln. Mir ist bekannt, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - jeweils die zum Zeitpunkt der Zusage gültige Richtlinie angewendet wird, - mündlich erteilte Auskünfte und Ratschläge durch MitarbeiterInnen der IFB als unverbindlich gelten. <p>Die IFB ist gemäß § 18 Kreditwesengesetz verpflichtet, sich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Darlehensnehmer offenlegen zu lassen. Ich verpflichte mich, der IFB spätestens auf Anforderung alle dazu gewünschten zeitnahen Unterlagen kostenfrei vorzulegen und erforderliche Auskünfte zu erteilen. Der Antragsteller wird auf die als Anlage beigefügten Informationen zum Datenschutz hingewiesen.</p>	
8.	Sonstige Erklärungen des Antragstellers (bitte jeweils ankreuzen)	
8.1	Ich versichere, dass die existenzbedrohliche Wirtschaftslage bzw. der Liquiditätssengpass eine Folgewirkung der Coronakrise vom Frühjahr 2020 ist.	<input type="checkbox"/>
8.2	Ich nehme davon Kenntnis, dass kein Rechtsanspruch auf die Gewährung eines IFB Förderkredit Sport Fördermodul Corona besteht.	<input type="checkbox"/>
8.3	Ich bestätige, dass ich der IFB Hamburg auf Verlangen die zur Aufklärung des Sachverhalts und Bearbeitung meines Antrags erforderlichen Unterlagen und Informationen unverzüglich zur Verfügung stelle.	<input type="checkbox"/>
8.4	<p>Ich bestätige, dass ich keine anderen kumulationsfähigen Beihilfen und anderweitiger Leistungen für dieselben förderfähigen Kosten (Entschädigungs-, Versicherungsleistungen, andere Fördermaßnahmen bzw. Zuschüsse) erhalten oder beantragt habe.</p> <p>oder</p> <p>Aus der beigefügten Anlage sind erhaltene oder beantragte andere kumulationsfähige Beihilfen und anderweitige Leistungen für dieselben förderfähigen Kosten (Entschädigungs-, Versicherungsleistungen, andere Fördermaßnahmen bzw. Zuschüsse) zu entnehmen.</p>	<input type="checkbox"/> oder <input type="checkbox"/>
8.5	Mir ist bekannt, dass ich im Falle einer Überkompensation den erhaltenen IFB Förderkredit Sport Fördermodul Corona zurückzahlen muss.	<input type="checkbox"/>
8.6	Ich erkläre, dass ich bei eventueller zukünftiger Beantragung weiterer öffentlicher Finanzhilfen für meine existenzbedrohliche Wirtschaftslage bzw. Liquiditätssengpässe das gegebenenfalls aufgrund dieses Antrags gewährte Darlehen angeben werde.	<input type="checkbox"/>
8.7	Einer etwaigen Überprüfung durch die IFB, die Behörden und den Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg, durch Beauftragte der Europäischen Kommission stimme ich zu.	<input type="checkbox"/>
8.8	Einer etwaigen, der Mittelgewährung nachgelagerten Überprüfung der vorgelegten Legitimationsdokumente stimme ich zu und verpflichte mich, hieran mitzuwirken.	<input type="checkbox"/>
8.9	<p>Ich erkläre, dass ich alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen und wahrheitsgetreu gemacht habe. Änderungen oder Ergänzungen zu sämtlichen in diesem Antrag enthaltenen Angaben sind der IFB Hamburg mitzuteilen. Unrichtige oder unvollständige Angaben und Erklärungen zu subventionserheblichen Tatsachen können für Unternehmen nach § 264 Strafgesetzbuch (StGB) (Subventionsbetrug) strafbar sein. Ich bestätige, dass uns dieses bekannt ist. In diesem Antrag unter 1.2./2./3./4./5./6./8.1. und 8.5. getätigten Angaben und Erklärungen sowie die Angaben und Erklärungen in der Anlage „Selbsterklärung des Antragstellers zur Einhaltung der KMU-Kriterien gemäß der KMU-Definition der EU“ sind subventionserhebliche Tatsachen gemäß § 264 StGB.</p> <p>Auch subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind solche Tatsachen, die durch Schein-geschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Subvention (§ 4 Subventionsgesetz (SubvG) i.V.m. § 1 Hamburgisches Subventionsgesetz (HmbSubvG).</p> <p>Jede Abweichung von den vorstehenden als subventionserheblich bezeichneten Angaben und Erklärungen ist der IFB Hamburg unverzüglich gemäß §§ 3 und 4 SubvG in Verbindung mit § 1 HmbSubvG mitzuteilen.</p>	<input type="checkbox"/>

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers

Anlage zum Antrag auf Zusage von Fördermitteln

Für die Antragstellung (Fördermodul Corona) erforderliche Unterlagen:

- Legitimationsnachweis der Antragstellerin oder des Antragstellers
- ggf. Vollmacht (Vordruck IFB Hamburg, nur bei Beauftragung Dritter erforderlich)
- Jahresabschluss des Unternehmens für das abgelaufene Geschäftsjahr sowie der zwei vorangegangenen Jahre
- ggf. Jahreslohnabrechnung des Antragstellers (gemäß Ziffer 4.1 der Richtlinie)
- ggf. Nachweise für die Höhe des Liquiditätsengpasses (gemäß Ziffer 4.1. der Richtlinie)
- Selbsterklärung des Antragstellers zur Einhaltung der KMU-Kriterien gemäß der KMU-Definition der EU

Hinweise zur Legitimationsprüfung

Die Hamburgische Investitions- und Förderbank (IFB Hamburg) ist gesetzlich verpflichtet, die Identität ihrer Kunden, anhand der in dem anliegenden Formular abgefragten Informationen, festzustellen. Dies bezeichnet man auch als Identifikation oder Legitimation. Sofern diese Aufgabe nicht direkt durch die IFB Hamburg ausgeführt werden kann, können Sie einen zuverlässigen Dritten um Unterstützung bitten. Zuverlässige Dritte Kraft Gesetzes sind u.a. alle in den Mitgliedstaaten der EU ansässigen Kreditinstitute, Rechtsanwälte, Notare, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater.

Das anliegende Formular „Legitimationsprüfung / Identifikation durch zuverlässige Dritte“ ist daher für die Eröffnung eines Darlehenskontos bei der IFB Hamburg erforderlich.

Die Legitimation ist wie folgt möglich:

a) bei Ihrer kontoführenden Bank (Hausbank):

Hierzu gehen Sie mit dem anliegenden Formular zu Ihrer Hausbank. Der dortige Bearbeiter wird das Formular ausfüllen, Ihre erst vor Ort zu leistende Unterschrift und die Angaben bestätigen. Für die Legitimationsprüfung wird ein gültiger Personalausweis oder Reisepass mit Meldebestätigung benötigt.

Das ausgefüllte Formular muss danach von der Hausbank zusammen mit **einer Kopie des vorgelegten Ausweises bzw. Reisepasses** direkt an die IFB Hamburg gesandt werden. Für jeden Kontoinhaber ist ein Formular auszufüllen.

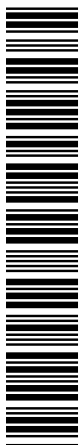
Sofern die im anliegenden Formular genannten Angaben enthalten sind, können auch eigene Formulare der Hausbank verwendet werden.

Die Hausbank erhebt ggf. eine Gebühr nach ihren geltenden AGB/Preisverzeichnissen.

b) in den Räumen der IFB Hamburg

Hamburgische Investitions- und Förderbank
Besenbinderhof 31
20097 Hamburg
Tel. 040/24846-0

Bitte vereinbaren Sie hierfür einen Termin.



Legitimationsprüfung / Identifikation durch zuverlässige Dritte

Bitte vollständig in Druckbuchstaben ausgefüllt und im Original **zusammen mit einer Kopie des Legitimationsdokuments** an die IFB Hamburg senden.

Hamburgische Investitions- und Förderbank
Postfach 102809
20097 Hamburg

IFB-Antragsnummer:

Name und evtl. Titel:

alle Vornamen:

Geburtsdatum: Geburtsort:

Staatsangehörigkeit:

PLZ: Wohnort:

Straße:

Legitimationsdokument: Personalausweis / Reisepass mit Meldebestätigung

Ausweis-Nr.:

ausstellende Behörde:

Ausstellungsort/-datum: Gültig bis:

Unterschrift: _____

Ich bestätige, dass die auf diesem Formular erfassten Legitimationsdaten mit den Daten auf dem mir im Original vorgelegten Legitimationsdokument übereinstimmen und die Unterschrift in meiner Gegenwart geleistet wurde. Ich bestätige die Durchführung der Identifikation gemäß Geldwäschegesetz und übersende die Unterlagen an die IFB Hamburg.

.....
Ort und Datum

.....
Stempel und Unterschrift des Durchführenden



**Erhebungsbogen
Juristische Person & Personengesellschaft**

Antragsnummer _____

Nach den Bestimmungen des Geldwäschegesetz (GwG) sowie der Abgabenordnung (AO) ist die Hamburgische Investitions- und Förderbank (IFB Hamburg) im Rahmen ihrer Identifizierungs- und Legitimationspflicht bei juristischen Personen und Personengesellschaften zur Erhebung von Daten zum Unternehmen, ihrer vertretungsberechtigten Personen sowie wirtschaftlich Berechtigten bzw. fiktiven wirtschaftlich Berechtigten verpflichtet.

Darüber hinaus hat die IFB Hamburg einen Auszug der über das Transparenzregister zugänglichen Daten zum wirtschaftlich Berechtigten bzw. fiktiven wirtschaftlich Berechtigten einzuholen.

(Vergleiche § 10 Abs.1 Nr. 1 bis 4, § 11 Abs. 1, Abs. 4 Nr.2, § 11 Abs. 5, § 12 Abs. 2, §§ 19 ff des GwG sowie § 93 b Abs.1a AO).

Unter Hinweis auf Ihre Offenlegungs- und Mitwirkungspflicht bitten wir um Aufgabe folgender Daten bzw. um Übersendung der erforderlichen Unterlagen:

Antragstellendes Unternehmen

Allgemeine Angaben	Name, Firma oder Bezeichnung, Rechtsform der juristischen Person / Personengesellschaft		
	Sitz des Unternehmens / Hauptniederlassung		
	Postleitzahl	Ort	Registernummer (soweit vorhanden)

Juristische Personen (z.B. GmbH, AG), die Mitglied des Vertretungsorgans des Unternehmens (Antragsteller) sind	Name, Firma oder Bezeichnung, Rechtsform der juristischen Person / Personengesellschaft		
	Sitz des Unternehmens / Hauptniederlassung		
	Postleitzahl	Ort	Registernummer (soweit vorhanden)

Auftretende Personen, die kraft Gesetzes (z.B. Vorstand, Geschäftsführer) oder aufgrund Vollmacht die juristische Person/Personengesellschaft vertreten dürfen

Für die gegenüber der IFB Hamburg auftretenden, vertretungsberechtigten Personen des Unternehmens bzw. der Personengesellschaft - z.B. Vorstand / Geschäftsführer, Bevollmächtigte - besteht die Pflicht zur persönlichen Identifizierung und Legitimation. Eine Legitimations- und Identifizierungspflicht betrifft auch Mitarbeiter, die rechtsverbindlich handeln dürfen (z.B. Stellung von Förderanträgen, Zahlungsanforderungen, Abschluss von Verträgen). Entsprechende Vollmachten/Unterschriftenverzeichnisse sind bitte vorzulegen.

Bitte benennen Sie, bezogen auf den o.g. Antrag, ausdrücklich alle Personen, die gegenüber der IFB-Hamburg vertretungsberechtigt auftreten. Die Angaben sind durch Vorlage einer Kopie des Legitimationspapiers (Personalausweis / Reisepass) zu belegen.

Gegenüber der IFB auftretende vertretungsbe-rechtigte Person	Name, alle Vornamen		
	Privatanschrift, Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl	Ort	
	Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit

Gegenüber der IFB auftretende vertretungsbe-rechtigte Person	Name, alle Vornamen		
	Privatanschrift, Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl	Ort	
	Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit

Weitere gegenüber der IFB Hamburg auftretende, vertretungsberechtigte Personen sind der gesonderten Übersicht zu entnehmen.

Werden Sie / Ihr Unternehmen durch einen Dritten vertreten (bevollmächtigte Einzelperson oder Firma) bzw. wird ein Mitgesellschafter (z.B. innerhalb einer GbR) bevollmächtigt, ist zusätzlich die Vorlage der IFB-Vollmacht erforderlich. Diese steht Ihnen zum Download auf unserer Internetseite zur Verfügung.

Wirtschaftlich Berechtigter (wB) (nur für juristische Personen des Privatrechts und sonstige privatrechtliche Gesellschaften)

Folgende natürliche Person(en) hält / halten eine Beteiligung von mehr als 25 % der Kapitalanteile oder kontrolliert / kontrollieren mittelbar mehr als 25 % der Stimmrechte (= wirtschaftlich Berechtigter) der juristischen Person des Privatrechts/sonstigen privatrechtlichen Gesellschaft.

Wirtschaftlich Berechtigter	Name, alle Vornamen		
	Privatanschrift, Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl	Ort	
	Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit

Wirtschaftlich Berechtigter	Name, alle Vornamen		
	Privatanschrift, Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl	Ort	
	Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit

Wirtschaftlich Berechtigter	Name, alle Vornamen		
	Privatanschrift, Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl	Ort	
	Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit

(Wir bitten um Beifügung einer Kopie des Personalausweises/ Reisepasses sowie eines Transparenzregisterauszuges oder alternativ einer Leermeldung bzw. Abgabe der Erklärung, von der Mitteilungsfiktion nach § 20 Abs. 2 GWG Gebrauch zu machen- soweit nicht bereits vorliegend)

Hinweis: Ist eine juristische Person oder eine Personengesellschaft mit mehr als 25 % der Gesellschaftsanteile an dem Unternehmen beteiligt oder werden mehr als 25 % der Stimmrechte des Unternehmens durch eine juristische Person oder Personengesellschaft kontrolliert (z. B. im Rahmen eines Stimmbindungsvertrages), geben Sie uns bitte auf einem gesonderten Blatt den Namen und die Anschrift derjenigen natürlichen Personen an, die mehr als 50 % der Anteile an dem beteiligten Unternehmen halten oder mittelbar kontrollieren. Bei Konzernverflechtungen werden entsprechende Angaben für jedes der beteiligten Unternehmen benötigt.

Ein gesondertes Blatt liegt bei.

Mir / Uns ist bekannt, dass ich / wir Änderungen in der Person des wirtschaftlich Berechtigten nach § 11 Abs. 6 Geldwäschegesetz der IFB Hamburg unverzüglich anzuzeigen habe/n.

Fiktiver wirtschaftlich Berechtigter (fwB) (wenn keine Identifizierung des wB möglich ist)

Eine natürliche Person, die die vorgenannten Anforderungen erfüllt, konnte nicht identifiziert werden. Als wirtschaftlich Berechtigter gilt damit der gesetzliche Vertreter, geschäftsführende Gesellschafter (Mitglied des Vorstands oder der Geschäftsführung) oder Partner des Vertragspartners, sogenannter „fiktiver wirtschaftlich Berechtigter“. Erfüllen mehrere Personen den Tatbestand des fiktiven wirtschaftlich Berechtigten (z.B. mehrere Vorstandsmitglieder), genügt die Erhebung einer Person. Als fiktiver wirtschaftlich Berechtigter ist der nachfolgende gesetzliche Vertreter zu erheben.

Fiktiver wirtschaftlich Berechtigter	Name, alle Vornamen		
	Privatanschrift, Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl	Ort	
	Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit

(Wir bitten um Beifügung einer Kopie des Personalausweises/ Reisepasses sowie eines Transparenzregisterauszuges oder alternativ einer Leermeldung bzw. Abgabe der Erklärung, von der Mitteilungsfiktion nach § 20 Abs. 2 GWG Gebrauch zu machen- soweit nicht bereits vorliegend)

Erklärung "Politisch exponierte Person" (nur natürliche Person)

Die IFB Hamburg ist des Weiteren verpflichtet, den Status "Politisch exponierte Person" des Vertragspartners sowie des wB bzw. fwB (soweit vorhanden) zu prüfen. Weitere Informationen sind dem Informationsblatt / "Erklärung politisch exponierte Person" (PEP)" zu entnehmen.

- Ich / Wir erklären ausdrücklich, dass keine der beteiligten Personen (wB bzw. fwB, bzw. deren Familienangehörige oder sonstige nahestehenden Personen) eine politisch exponierte Person ist. Die Abgabe der Erklärung "PEP" entfällt.
- Es liegt für eine / oder mehrere Person/en ein "PEP-Status" vor. Die vollständig ausgefüllte Erklärung "PEP" ist beigelegt.

Beigefügte Unterlagen

- Aktueller Handelsregisterauszug
- Gesellschaftervertrag
- Aktuelle Gesellschafterliste
- Sonstige Dokumente (z.B. Organigramm, ausländische Gründungsdokumente etc.)
- Aktuelle Liste der Namen der Mitglieder des Vertretungsorgans oder der gesetzlichen Vertreter
- Transparenzregisterauszug zu dem / den wirtschaftlich Berechtigten oder Leermeldung bzw. Erklärung des Antragstellers, von der Mitteilungsfiktion nach § 20 Abs. 2 GWG Gebrauch zu machen.

Informationen zum Datenschutz: Die Informationen zum Datenschutz habe(n) ich / wir zur Kenntnis genommen. Ich / Wir werden(n) diese Informationen zum Datenschutz auch den wirtschaftlich Berechtigten oder fiktiven wirtschaftlich Berechtigten zur Kenntnis geben.

Ort, Datum

Firmenstempel, Unterschrift(en)

Anlagen

Die Ermittlung des wB/fwB entfällt:

- bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts (Körperschaften/Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts)
- bei inländischen Behörden im Sinne des § 1 VwVfG und der entsprechenden Regelungen der Verwaltungsverfahrensgesetze der Länder
- bei ausländischen Behörden oder ausländischen öffentlichen Einrichtungen, einschließlich EU-Behörden soweit bestimmte Anforderungen an Aufsicht und Transparenz gewahrt sind
- bei Gesellschaften, die an einem organisierten Markt nach § 2 Absatz 11 des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) notiert sind und dem Gemeinschaftsrecht entsprechenden Transparenzanforderungen im Hinblick auf Stimmrechtsanteile oder gleichwertige internationale Standards unterliegen (börsennotierte Unternehmen). Die Rechtsform ist regelmäßig die Aktiengesellschaft (AG)
- bei Tochtergesellschaften eines börsennotierten Unternehmens, die im 100 %-igen Eigentum des börsennotierten Unternehmens stehen, auch wenn die Tochtergesellschaften selbst nicht börsennotiert sind (Ausnahme: anderweitige Kontrollausübung)
- bei Wohnungseigentümer- und Erbengemeinschaften
- bei einem eingetragenen Kaufmann mit Firmierung unter dem Namen des Kaufmanns (ggf. mit Zusatz e.K.)
- bei nicht rechtsfähigen Vereinen



Informationsblatt / Erklärung "Politisch exponierte Person" (PEP)

Gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 4 Geldwäschegesetz (GwG) ist die Hamburgische Investitions- und Förderbank AöR (IFB) verpflichtet, den Status "Politisch exponierte Person" ihrer Kunden und deren wirtschaftlich Berechtigten (soweit vorhanden) zu bestimmen.

1. Angaben zur Person

Name

Antragsnummer

(falls vorhanden)

Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Ort

2. Definition "Politisch exponierte Person" (PEP)

§ 1 Abs. 12 Geldwäschegesetz definiert politisch exponierte Personen wie folgt:

Politisch exponierte Personen sind diejenigen natürlichen Personen,

- a) die ein wichtiges öffentliches Amt ausüben oder ausgeübt haben**
- b) und deren unmittelbare Familienmitglieder**
- c) oder ihnen bekanntermaßen nahestehende Personen.**

zu a): Personen, die ein wichtiges öffentliches Amt ausüben oder ausgeübt haben, sind

- Staatschefs- und Regierungschefs, Mitglieder der europäischen Kommission, Minister und stellvertretende Minister bzw. Staatssekretäre, Parlamentsmitglieder,
- Mitglieder der Führungsgremien politischer Parteien
- Mitglieder oberster Gerichte und Justizbehörden,
- Mitglieder der Rechnungshöfe oder Vorstände von Zentralbanken,
- Botschafter, Geschäftsträger und Verteidigungsattachés
- Mitglieder der Leitungs-, Verwaltungs- und Aufsichtsgremien staatlicher Unternehmen.
- Direktoren, stellv. Direktoren, Mitglieder des Leitungsorgans oder sonstige Leiter mit vergleichbarer Funktion in einer wirtschaftlichen internationalen / europäischen Organisation

Eine Person, die seit mindestens einem Jahr keine wichtigen öffentlichen Ämter im Sinne der o. g. Tätigkeiten ausgeübt hat, ist, wenn nicht Ausnahmetatbestände bestehen, nicht mehr als politisch exponiert zu betrachten.

zu b): Unmittelbare Familienmitglieder sind

- der Ehepartner
- der Partner, der nach einzelstaatlichem Recht dem Ehepartner gleichgestellt ist
- die Kinder und deren Ehepartner und Partner
- die Eltern.

zu c): Bekanntermaßen nahestehende Personen sind

- jede natürliche Person, die bekanntermaßen mit einer natürlichen Person, die ein wichtiges öffentliches Amt ausübt oder ausgeübt hat, gemeinsame wirtschaftliche Eigentümerin von Rechtspersonen und Rechtsvereinbarungen ist oder sonstige enge Geschäftsbeziehungen zu dieser Person unterhält
- jede natürliche Person, die alleinige wirtschaftliche Eigentümerin einer Rechtsperson oder Rechtsvereinbarung ist, die bekanntermaßen tatsächlich zum Nutzen der natürlichen Person, die ein wichtiges öffentliches Amt ausübt oder ausgeübt hat, errichtet wurde.

3. Erklärung¹

In Kenntnis dieser Definition erklärt der Antragsteller/
Vertragspartner Folgendes:

Nähere Angaben zu meiner Funktion / Rolle bzw. zur
Funktion / Rolle des/der wirtschaftlich Berechtigten:

- Weder ich noch etwaige wirtschaftlich Berechtigte meiner Gesellschaft sind politisch exponierte Personen, unmittelbare Familienmitglieder einer politisch exponierten Person oder ihr nahe stehenden Personen.**
- Ich bin eine politisch exponierte Person, ein unmittelbares Familienmitglied einer politisch exponierten Person oder eine ihr nahestehende Person (nähere Angaben rechts erforderlich).**
- Ein oder mehrere wirtschaftlich Berechtigte meiner Gesellschaft sind politisch exponierte Personen, unmittelbare Familienmitglieder einer politisch exponierten Person oder ihr nahestehende Personen (nähere Angaben rechts erforderlich).**

Ich versichere, alle Angaben wahrheitsgemäß gemacht zu haben und etwaige Änderungen während einer laufenden Geschäftsbeziehung mit der IFB unaufgefordert umgehend bekannt zu geben.

Ort

Unterschrift

Datum

¹ Zutreffendes bitte ankreuzen



Anlage zum Antrag auf Zusage von Fördermitteln

Selbsterklärung des Antragstellers zur Einhaltung der KMU-Kriterien gemäß der KMU-Definition der EU¹

Antragsteller:	IFB Antragsnummer:
----------------	--------------------

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ist die Sammelbezeichnung für Unternehmen, die definierte Grenzen hinsichtlich Beschäftigtenzahl und Jahresumsatz oder Jahresbilanzsumme nicht überschreiten. Die Abgrenzung erfolgt entsprechend Artikel 2 Nr. 2 in Verbindung mit Anhang I der AGVO (s. Fußnote). Unternehmen, die diese Größenordnungen überschreiten, sind Großunternehmen gemäß Art. 2 Nr. 24 AGVO und keine KMU. Die Einordnung erfolgt unabhängig von der gewählten Rechtsform eines Unternehmens. Für weitere Informationen steht das Merkblatt zur KMU-Definition auf unserer Internetseite zum Abruf bereit.

INFO

Es wird versichert, dass es sich bei dem hier bezeichneten Antragsteller

um ein eigenständiges Unternehmen ohne Verflechtungen mit anderen Unternehmen handelt (nur diese erste Seite der Selbsterklärung ausfüllen und unterschreiben).

um ein Unternehmen mit Verflechtungen mit anderen Unternehmen handelt (die nachfolgenden Anlagen sind zusätzlich vollständig auszufüllen).



Zahl der Mitarbeiter (Anzahl der während eines Jahres beschäftigten Mitarbeiter ggf. Summe aus nachfolgendem Berechnungsbogen übertragen)	
Jahresumsatz in TEUR (gem. dem letztem Jahresabschluss ggf. Summe aus nachfolgendem Berechnungsbogen übertragen)	
Jahresbilanzsumme in TEUR (gem. dem letztem Jahresabschluss ggf. Summe aus nachfolgendem Berechnungsbogen übertragen)	

Zutreffendes bitte ankreuzen:

<input type="radio"/> Kleinstunternehmen Unternehmen, die weniger als 10 Mitarbeiter und einen Jahresumsatz oder eine Jahresbilanzsumme von maximal 2.000 TEUR haben.	<input type="radio"/> Kleine Unternehmen Unternehmen, die weniger als 50 Mitarbeiter und einen Jahresumsatz oder eine Jahresbilanzsumme von maximal 10.000 TEUR haben.	<input type="radio"/> Mittlere Unternehmen Unternehmen, die weniger als 250 Mitarbeiter und einen Jahresumsatz von maximal 50.000 TEUR oder eine Jahresbilanzsumme von maximal 43.000 TEUR haben.	<input type="radio"/> Großunternehmen siehe Infofeld
---	--	---	--

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der in der vorstehenden Anlage gemachten Angaben wird hiermit versichert. Es ist bekannt, dass falsche Angaben zur Rückforderung der Förderung führen können.

Der Förderung liegen Subventionen des Landes bzw. des Bundes und/oder der EU zugrunde, auf welche der § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Hamburgischen Subventionengesetzes vom 30.11.1976 (HmbGVBl. 1976, S. 2) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG) vom 29.07.1976 (BGBl. I 1976, S. 2034, 2037) in der derzeit gültigen Fassung Anwendung findet. Nach § 3 SubvG sind Sie verpflichtet, der IFB unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

Ich bin/Wir sind darüber unterrichtet, dass meine/unsere in diesem Formular gemachten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 StGB sind. Mir/Uns ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetrugs nach § 264 StGB bekannt. Ich bin/Wir sind verpflichtet, der IFB unverzüglich eine nachträgliche Änderung der vorgenannten Angaben mitzuteilen.

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers

¹ Gemäß Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17.06.2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (sog. Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung - AGVO), abgedruckt im Amtsblatt der Europäischen Union L187/1 vom 26.06.2014.

Selbsterklärung des Antragstellers zur Einhaltung der KMU-Definition (Berechnungsbogen)

Das antragstellende Unternehmen erfüllt die KMU-Definition KU-Definition

	Mitarbeiter	Jahresumsatz in TEUR	Bilanzsumme in TEUR
Antragsteller (Name/Bezeichnung)			
Berechnungsbogen Anhang A Lf.Nr.			
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
Berechnungsbogen Anhang B Lf.Nr.			
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
Summe			

Ich bestätige die Richtigkeit und Vollständigkeit der in dieser Selbsterklärung inkl. der in dem Anhang A und in dem Anhang B gemachten Angaben.

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers

Berechnung Anhang A für verbundene Unternehmen des Antragstellers Lf. Nr. _____

Name/Bezeichnung des Antragstellers _____

Alle Bilanzangaben in TEUR

	Mitarbeiter	Jahresumsatz	Bilanzsumme	Partnerunternehmen (Name)	Gesamtzahl (100%)			Quote der Beteiligung %		
					Mitarbeiter	Jahresumsatz	Bilanzsumme	Mitarbeiter	Jahresumsatz	Bilanzsumme
Verbundenes Unternehmen (Name)										
					Gesamtzahl (100%)			Quote der Beteiligung %		
					Gesamtzahl (100%)			Quote der Beteiligung %		
Verbundenes Unternehmen (Name)										
					Gesamtzahl (100%)			Quote der Beteiligung %		
					Gesamtzahl (100%)			Quote der Beteiligung %		
Verbundenes Unternehmen (Name)										
					Gesamtzahl (100%)			Quote der Beteiligung %		
					Gesamtzahl (100%)			Quote der Beteiligung %		
Summe verbundene Unternehmen				Summe Partnerunternehmen						

	Mitarbeiter	Jahresumsatz	Bilanzsummer
Summe verbundene Unternehmen			
Summe Partnerunternehmen			
Summe			

Berechnung Anhang B für Partnerunternehmen des Antragstellers Lf. Nr.

Name/Bezeichnung des Antragstellers

Alle Bilanzangaben in TEUR

	Gesamtzahl (100%)			Quote der Beteiligung: %		
	Mitarbeiter	Jahresumsatz	Bilanzsumme	Mitarbeiter	Jahresumsatz	Bilanzsumme
Partnerunternehmen (Name)						
Verbundenes Unternehmen (Name)						
Verbundenes Unternehmen (Name)						
Verbundenes Unternehmen (Name)						
Verbundenes Unternehmen (Name)						
Verbundenes Unternehmen (Name)						
Verbundenes Unternehmen (Name)						
Summe						

> UNSER UMGANG MIT IHREN DATEN & IHRE RECHTE

INFORMATIONEN NACH ART. 13, 14 UND 21 DER DATENSCHUTZ-GRUNDVERORDNUNG (DS-GVO)

Wir respektieren und schützen Ihre Privatsphäre, ganz egal ob Sie Interessent, Kunde oder Besucher unserer Webseite sind. Was bedeutet das konkret, wenn es um Ihre personenbezogenen Daten geht?

Mit unserer Datenschutzerklärung informieren wir Sie im Folgenden über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Hamburgische Investitions- und Förderbank, Anstalt des öffentlichen Rechts (im Folgenden: IFB Hamburg), und über die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte. Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den jeweils von Ihnen beantragten Förderungen bzw. nach den mit Ihnen vereinbarten Verträgen und Dienstleistungen.

1. WER IST FÜR DIE DATENVERARBEITUNG VERANTWORTLICH, UND AN WEN KÖNNEN SIE SICH WENDEN?

Verantwortliche Stelle ist:

Hamburgische Investitions- und Förderbank
Anstalt des öffentlichen Rechts
Besenbinderhof 31
20097 Hamburg
Telefon: 040 / 248 46-0
Fax: 040 / 248 46 56-432
E-Mail: info@ifbhh.de

**Sie erreichen unseren betrieblichen
Datenschutzbeauftragten unter:**

Hamburgische Investitions- und Förderbank
Datenschutzbeauftragter
Besenbinderhof 31
20097 Hamburg
E-Mail: datenschutzbeauftragter@ifbhh.de

2. FÜR WEN GILT DIESE DATENSCHUTZERKLÄRUNG?

Wenn wir personenbezogene Daten verarbeiten, bedeutet das im Klartext, dass wir diese z. B. erheben, speichern, nutzen, übermitteln oder löschen. In dieser Datenschutzerklärung geht es dabei um personenbezogene Daten von

- Interessenten, Antragstellern und Kunden der IFB Hamburg, die natürliche Personen sind,
- allen anderen natürlichen Personen, die in Kontakt mit unserer Bank stehen, z. B. Bevollmächtigte, Erziehungsberechtigte, Boten sowie Vertreter oder Mitarbeiter juristischer Personen, aber auch Besucher unserer Internetangebote,
- wirtschaftlich Berechtigten unserer Kunden (hier müssen wir unseren Prüfungspflichten, z. B. nach dem Geldwäschegesetz, nachkommen).

3. WELCHE QUELLEN UND DATEN NUTZEN WIR?

Wir erheben Ihre personenbezogenen Daten, wenn Sie sich per E-Mail, Telefon oder über unsere Internetangebote an uns wenden, Anträge einreichen, sich für unseren Newsletter registrieren oder wenn Sie im Rahmen bestehender Geschäftsbeziehungen unsere Produkte und Dienstleistungen nutzen.

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen einer Beratung sowie von Antragsverfahren für Förderungen, die in der Zuständigkeit der IFB Hamburg liegen, sowie im Rahmen unserer Vertrags- und Geschäftsbeziehung von Ihnen erhalten. Zudem verarbeiten wir – soweit für die Erbringung unserer Dienstleistung erforderlich – personenbezogene Daten, die wir von anderen Kreditinstituten (z. B. bei Kooperationsdarlehen), Behörden oder von sonstigen Dritten (z. B. der Schufa) zulässigerweise (z. B. zur Ausführung von Aufträgen, zur Erfüllung von Förderaufgaben oder Verträgen, auf gesetzlicher Grundlage oder aufgrund einer von Ihnen erteilten Einwilligung) erhalten haben. Zum anderen verarbeiten wir personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen (z. B. Schuldnerverzeichnisse, Grundbücher, Handels- und Vereinsregister, Presse und Medien) zulässigerweise gewonnen haben und verarbeiten dürfen.

Folgende persönliche Daten verarbeiten wir:

• Relevante personenbezogene Identifikationsangaben

z. B. Vor- und Nachname, Adresse und andere Kontaktdaten wie E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Geburtstag und -ort und Staatsangehörigkeit, Legitimationsdaten (z. B. Personalausweis-/Reisepass- und Steueridentifikationsnummer) und Authentifikationsdaten (z. B. Unterschriftprobe)

• Auftrags- und Umsatzdaten

z. B. Hausbank, IBAN (Zahlungsauftrag), Daten aus der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen (z. B. Umsatzdaten im Zahlungsverkehr)

• Informationen über Ihre finanzielle Situation

z. B. Einkommensarten und -höhe, Bonitätsdaten, Scoring-/Ratingdaten, Wert Ihrer Immobilie bzw. Ihrer sonstigen Vermögensgegenstände, Herkunft von Vermögenswerten, Einträge in Auskunfteien, Gehaltsabrechnungen, Zahlungsverzug

• Soziodemografische Angaben

z. B. Familienstand und Familiensituation, Zahl der Haushaltsangehörigen und Gesamteinkommen

• Angaben zu Ihren Interessen und Wünschen, die Sie uns mitteilen

z. B. über unseren Kundendialog oder unsere Internetangebote, Werbe- und Vertriebsdaten, Dokumentationsdaten (z. B. Beratungsprotokoll), Registerdaten

• Daten zu Ihrem Online-Verhalten und Ihren -Präferenzen

z. B. Daten über Ihre Nutzung der von uns angebotenen Telemedien (z. B. Zeitpunkt des Aufrufs unserer Webseiten, Apps oder Newsletter, angeklickte Seiten von uns bzw. Einträge)

Sowie andere mit den genannten Kategorien vergleichbare Daten.

3.1. Sensible Daten

Besondere Kategorien personenbezogener Daten, bekannt als „sensible Daten“, z. B. Informationen zu Ihrer Gesundheit (z. B. Schwerbehinderung), erheben wir, wenn dies für die Durchführung der Fördermaßnahme erforderlich ist.

Personenbezogene Daten zur rassischen oder ethnischen Herkunft, zu politischen Meinungen, religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen oder zur Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, genetische Daten oder biometrische Daten zur Identifizierung einer Person und Angaben zum Sexualleben oder zur sexuellen Orientierung werden von uns grundsätzlich nicht verarbeitet, es sei denn, wir sind gesetzlich dazu verpflichtet oder dies ist im Rahmen der von uns angebotenen Förderungen, Produkte und Dienstleistungen erforderlich.

3.2. Daten von Minderjährigen/Kindern

Angaben zu Minderjährigen oder Kindern erheben wir nur dann, wenn diese für die Erfüllung eines Vertrages erforderlich sind.

4. WOFÜR VERARBEITEN WIR IHRE DATEN UND AUF WELCHER RECHTSGRUNDLAGE?

Wir nutzen Ihre Daten, damit Sie unsere Förderungen in Anspruch nehmen sowie unsere Produkte und Dienstleistungen nutzen können. Wir verarbeiten personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der DS-GVO und des Hamburgischen Datenschutzgesetzes (HmbDSG).

4.1. Zur Wahrnehmung der im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben (Förderaufgaben) und zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten (Art. 6 Abs. 1e und 1b DS-GVO)

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zur Erfüllung der im Gesetz über die Hamburgische Investitions- und Förderbank niedergelegten Förderaufgaben, Fördermaßnahmen und Finanzierungen (z. B. in den Bereichen Wohnungsbau-, Wirtschafts- oder Innovationsförderung), zur Erbringung von Darlehens- und sonstigen Bankgeschäften (z. B. Zuschüsse), sonstigen Finanzdienstleistungen (z. B. Bürgschaften), insbesondere zur Durchführung unserer Verträge oder vorvertraglicher Maßnahmen mit Ihnen und zur Ausführung Ihrer Aufträge sowie aller mit dem Betrieb und der Verwaltung eines Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituts erforderlichen Tätigkeiten.

Die Zwecke der Datenverarbeitung richten sich in erster Linie nach der konkreten Förderaufgabe (z. B. Wohnungsbaufinanzierung) bzw. nach dem konkreten Produkt (z. B. Darlehen, Zuschuss, Bürgschaft, Gewährung einer Sicherheit, Treuhand- und Verwaltungsgeschäfte, sonstige Kredite) und können unter anderem Bedarfsanalysen, Beratung, Fördergeschäft, Rechnungswesen, Meldewesen, Risikosteuerung, Reporting, Marketing/Kommunikation und Sicherheiten sowie die Durchführung von Transaktionen umfassen.

Die weiteren Einzelheiten zum Zweck der Datenverarbeitung können Sie den jeweiligen Förderrichtlinien, Förderbescheiden, Vertragsunterlagen und unseren Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB) entnehmen.

4.2. Im Rahmen der Interessenabwägung (Art. 6 Abs. 1f DS-GVO)

Soweit erforderlich, verarbeiten wir Ihre Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten.

Beispiele:

- Konsultation von und Datenaustausch mit Auskunfteien (z. B. Schufa) zur Ermittlung von Bonitäts- bzw. Ausfallrisiken
- Prüfung und Optimierung von Verfahren zur Bedarfsanalyse und direkten Kundenansprache
- Werbung oder Markt- und Meinungsforschung, soweit Sie der Nutzung Ihrer Daten nicht widersprochen haben
- Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten
- Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs der Bank
- Verhinderung und Aufklärung von Straftaten
- Maßnahmen zur Gebäude- und Anlagensicherheit (z. B. Zutrittskontrollen)
- Maßnahmen zur Sicherstellung des Hausrechts (z. B. Videoüberwachungen)
- Maßnahmen zur Geschäftssteuerung und Weiterentwicklung von Dienstleistungen und Produkten

4.3. Aufgrund Ihrer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1a DS-GVO)

Soweit Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke, z. B. zukünftige Informationen über weitere Förderangebote, Weitergabe von Daten an Dritte (z. B. Kooperations- und Konsortialpartner), Erhebung von Daten für Marketingzwecke, Bestellung des Newsletters, erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung gegeben. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die – wie beispielsweise die Schufa-Klausel – vor der Geltung der DS-GVO, also vor dem 25. Mai 2018, uns gegenüber erteilt worden sind.

Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

4.4. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben (Art. 6 Abs. 1c DS-GVO)

Zudem unterliegen wir als öffentliche Förderbank diversen rechtlichen Verpflichtungen, das heißt gesetzlichen Anforderungen (z. B. Gesetz über die Hamburgische Investitions- und Förderbank, Hamburgisches Wohnraumförderungs- und Wohnungsbindungsgesetz, Kreditwesengesetz, Geldwäschegesetz, Wertpapierhandelsgesetz, Steuergesetze), sowie behördlichen und bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (z. B. der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Bankenaufsicht, der Deutschen Bundesbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht). Zu den Zwecken der Verarbeitung gehören unter anderem die Kreditwürdigkeitsprüfung, die Identitäts- und Altersprüfung, die Betrugs- und Geldwäscheprävention, die Erfüllung steuerrechtlicher Kontroll- und Meldepflichten sowie die Bewertung und Steuerung von Risiken.

5. WER BEKOMMT IHRE DATEN?

Innerhalb der Förderbank erhalten diejenigen Stellen Ihre Daten, die diese zur Erfüllung der im Gesetz niedergelegten Förderaufgaben sowie der vertraglichen und gesetzlichen Pflichten brauchen. Auch von uns eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DS-GVO) können zu diesen genannten Zwecken Daten erhalten, wenn diese Auftragsverarbeiter das Bankgeheimnis und den Datenschutz wahren. Dies sind Unternehmen in den Kategorien kreditwirtschaftliche Leistungen, Innovationsförderung, IT-Dienstleistungen, Druckdienstleistungen, Telekommunikation, Statistik, Beratung und Consulting sowie Vertrieb und Marketing.

Im Hinblick auf die Datenweitergabe an Empfänger außerhalb der Förderbank ist zunächst zu beachten, dass wir zur Verschwiegenheit über alle kundenbezogenen Tatsachen und Wertungen verpflichtet sind, von denen wir Kenntnis erlangen (Bankgeheimnis). Informationen über Sie dürfen wir nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies gebieten, Sie eingewilligt haben oder wir zur Erteilung einer Bankauskunft befugt sind. Unter diesen Voraussetzungen können Empfänger personenbezogener Daten z. B. sein:

- Öffentliche Stellen und Institutionen (z. B. hamburgische Behörden, Bundes- oder Europabehörden, Deutsche Bundesbank, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Europäische Bankenaufsichtsbehörde, Europäische Zentralbank, Europäische Investitionsbank, Europäischer Investitionsfonds, Finanzbehörden; Strafverfolgungsbehörden) bei Vorliegen einer gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen oder behördlichen Verpflichtung.
- Andere Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute oder vergleichbare Einrichtungen, an die wir zur Durchführung der Geschäftsbeziehung mit Ihnen personenbezogene Daten übermitteln (je nach Vertrag: z. B. KfW, Kooperations- und Korrespondenzbanken, Auskunfteien).

Weitere Datenempfänger können diejenigen Stellen sein, für die Sie uns Ihre Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt haben bzw. für die Sie uns vom Bankgeheimnis gemäß Vereinbarung oder Einwilligung befreit haben.

6. WIE LANGE WERDEN IHRE DATEN GESPEICHERT?

Soweit erforderlich, verarbeiten und speichern wir Ihre personenbezogenen Daten für die Dauer unserer Geschäftsbeziehung, was beispielsweise auch die Anbahnung und die Abwicklung eines Vertrages umfasst. Dabei ist zu beachten, dass unsere Geschäftsbeziehung ein Dauerschuldverhältnis ist, das auf Jahre angelegt ist.

Darüber hinaus unterliegen wir verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich unter anderem aus dem Handelsgesetzbuch, der Abgabenordnung, dem Kreditwesengesetz, dem Geldwäschegesetz und dem Wertpapierhandelsgesetz ergeben. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen zwei bis zehn Jahre nach dem Ende der Vertragsbeziehung bzw. nach dem Ende öffentlich-rechtlicher Bindungen.

Schließlich beurteilt sich die Speicherdauer auch nach den gesetzlichen Verjährungsfristen, die zum Beispiel nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches in der Regel drei Jahre, in gewissen Fällen aber auch bis zu 30 Jahre betragen können.

7. WERDEN DATEN IN EIN DRITTLAND ODER AN EINE INTERNATIONALE ORGANISATION ÜBERMITTELT?

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten (Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums) findet nur statt, soweit dies zur Ausführung Ihrer Aufträge (z. B. Zahlungsaufträge) erforderlich, gesetzlich vorgeschrieben ist (z. B. steuerrechtliche Meldepflichten) oder Sie uns Ihre Einwilligung erteilt haben. Über Einzelheiten werden wir Sie, sofern gesetzlich vorgegeben, gesondert informieren.

8. WELCHE DATENSCHUTZRECHTE HABEN SIE?

8.1. Ihr Recht auf Auskunft, Information (nach Art. 15 DS-GVO) und Berichtigung (nach Art. 16 DS-GVO)

Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. Sollten Ihre Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen. Wenn wir Ihre Angaben an Dritte weitergegeben haben, informieren wir diese Dritten über Ihre Berichtigung – sofern dies gesetzlich vorgeschrieben ist.

8.2. Ihr Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten (nach Art. 17 DS-GVO)

Aus folgenden Gründen können Sie die unverzügliche Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen:

- wenn Ihre personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie erhoben wurden, nicht länger benötigt werden und keine Aufbewahrungspflichten mehr bestehen
- wenn Sie Ihre Einwilligung widerrufen und es an einer anderweitigen Rechtsgrundlage fehlt
- wenn Sie der Verarbeitung widersprechen und es keine überwiegenden schutzwürdigen Gründe für eine Verarbeitung gibt
- wenn Ihre personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden
- wenn Ihre personenbezogenen Daten gelöscht werden müssen, um gesetzlichen Anforderungen zu entsprechen

Bitte beachten Sie, dass ein Anspruch auf Löschung davon abhängt, ob ein legitimer Grund vorliegt, der die Verarbeitung der Daten erforderlich macht.

Beim Auskunftsrecht und beim Löschungsrecht gelten ggf. Einschränkungen nach dem HmbDSG.

8.3. Ihr Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten (nach Art. 18 DS-GVO)

Sie haben das Recht, aus einem der folgenden Gründe eine Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen:

- wenn die Richtigkeit Ihrer personenbezogenen Daten von Ihnen bestritten wird und wir die Möglichkeit hatten, die Richtigkeit zu überprüfen
- wenn die Verarbeitung nicht rechtmäßig erfolgt und Sie statt der Löschung eine Einschränkung der Nutzung verlangen
- wenn wir Ihre Daten nicht mehr für die Zwecke der Verarbeitung benötigen, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung gegen Rechtsansprüche brauchen
- wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben, solange noch nicht feststeht, ob Ihre Interessen überwiegen

8.4. Ihr Recht auf Datenübertragbarkeit (nach Art. 20 DS-GVO)

Sie haben das Recht, personenbezogene Daten, die Sie uns im Rahmen einer Einwilligung oder zur Erfüllung eines Vertrags gegeben haben, in einem übertragbaren Format zu erhalten.

8.5. Ihr Beschwerderecht (nach Art. 77 DS-GVO i. V. m. § 19 HmbDSG)

Sollten Sie nicht zufrieden mit unserer Antwort auf Ihr Anliegen sind, dann sind Sie berechtigt, beim Datenschutzbeauftragten der IFB Hamburg sowie bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde Beschwerde einzureichen.

9. BESTEHT FÜR SIE EINE PFLICHT ZUR BEREITSTELLUNG VON DATEN?

Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung müssen Sie nur diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Begründung, Durchführung und Beendigung einer Geschäftsbeziehung erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir in der Regel den Abschluss des Vertrages oder die Ausführung des Auftrages ablehnen müssen oder einen bestehenden Vertrag nicht mehr durchführen können und ggf. beenden müssen.

Insbesondere sind wir nach den geldwäscherechtlichen Vorschriften verpflichtet, Sie vor der Begründung der Geschäftsbeziehung beispielsweise anhand Ihres Personalausweises zu identifizieren und dabei Ihren Namen, Geburtsort, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit sowie Wohnanschrift zu erheben. Damit wir dieser gesetzlichen Verpflichtung nachkommen können, haben Sie uns nach dem Geldwäschegesetz die notwendigen Informationen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen und sich im Laufe der Geschäftsbeziehung ergebende Änderungen unverzüglich anzuzeigen. Sollten Sie uns die notwendigen Informationen und Unterlagen nicht zur Verfügung stellen, dürfen wir die von Ihnen gewünschte Geschäftsbeziehung nicht aufnehmen oder fortsetzen.

10. INWIEWEIT GIBT ES EINE AUTOMATISIERTE ENTSCHEIDUNGSFINDUNG IM EINZELFALL?

Zur Begründung und Durchführung der Geschäftsbeziehung nutzen wir grundsätzlich keine automatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DS-GVO. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren, sofern dies gesetzlich vorgegeben ist.

11. INWIEWEIT WERDEN IHRE DATEN FÜR DIE PROFILBILDUNG (PROFILING) GENUTZT?

Wir verarbeiten teilweise Ihre Daten automatisiert mit dem Ziel, bestimmte persönliche Aspekte zu bewerten (Profiling). Wir setzen Profiling beispielsweise in folgenden Fällen ein:

- Aufgrund gesetzlicher und regulatorischer Vorgaben sind wir zur Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und vermögensgefährdenden Straftaten verpflichtet. Dabei wer-

den auch Datenauswertungen (u. a. im Zahlungsverkehr) vorgenommen. Diese Maßnahmen dienen zugleich Ihrem Schutz.

- Um Sie zielgerichtet über Produkte informieren und beraten zu können, setzen wir Auswertungsinstrumente ein. Diese ermöglichen eine bedarfsgerechte Kommunikation und Werbung einschließlich Markt- und Meinungsforschung.
- Im Rahmen der Beurteilung Ihrer Kreditwürdigkeit nutzen wir das sog. Scoring. Dabei wird die Wahrscheinlichkeit berechnet, mit der ein Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen vertragsgemäß nachkommen wird. In die Berechnung können beispielsweise Einkommensverhältnisse, Ausgaben, bestehende Verbindlichkeiten, Beruf, Arbeitgeber, Beschäftigungsdauer, Erfahrungen aus der bisherigen Geschäftsbeziehung, vertragsgemäße Rückzahlung früherer Kredite sowie Informationen von Kreditauskunfteien einfließen. Das Scoring beruht auf einem mathematisch-statistisch anerkannten und bewährten Verfahren. Die errechneten Scorewerte unterstützen uns bei der Entscheidungsfindung im Rahmen von Produktabschlüssen und gehen in das laufende Risikomanagement mit ein.

INFORMATION ÜBER IHR WIDERSPRUCHSRECHT nach Art. 21 DS-GVO

1. Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1e DS-GVO (Datenverarbeitung zur Wahrnehmung der im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben) und Art. 6 Abs. 1f DS-GVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DS-GVO, das wir zur Bonitätsbewertung oder für Werbezwecke einsetzen.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

2. In Einzelfällen verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten, um Direktwerbung zu betreiben. Sie haben das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen; dies gilt auch für das Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung steht.

Widersprechen Sie der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, so werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeiten.

Der Widerspruch kann formfrei erfolgen und sollte gerichtet werden an

Hamburgische Investitions- und Förderbank
Datenschutzbeauftragter
Besenbinderhof 31 · 20097 Hamburg
E-Mail: datenschutzbeauftragter@ifbhh.de